

**Antrag 175/I/2025****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****In die Zukunft steuern!**

1 Geld und Macht sind in unserer kapitalistischen Ge-  
2 sellschaft unweigerlich miteinander verknüpft. Die Fra-  
3 ge nach einer gerechten Besteuerung ist damit maßge-  
4 bend für das Ziel, sozialen und ökonomisch nachhalti-  
5 gen Wohlstand für alle Menschen zu sichern. Ein Steu-  
6 ersystem sollte daher insbesondere Kapital und Vermö-  
7 gen statt Arbeit belasten, gendergerechte Besteuerungs-  
8 ergebnisse erzielen, queerfeindliche Systeme bekämpfen  
9 und strukturelle Unterdrückung beenden, durch rassisti-  
10 sche und koloniale und patriarchale Strukturen entstan-  
11 dene Vermögens-, Einkommens- und Machtungleichge-  
12 wichte angreifen und dabei helfen, ihre erneute Entste-  
13 hung national und international zu verhindern, ökologi-  
14 sches und sozial-nachhaltiges Wirtschaften steigern so-  
15 wie regionale Lebensverhältnisse angleichen.

16

17 Steuern haben dabei vornehmlich eine Umverteilungs-  
18 sowie eine gesellschaftliche und wirtschaftliche  
19 Steuerungs- und Lenkungsfunktion. Indirekte Steuern  
20 können zur gezielten Lenkung der Produktion beitragen,  
21 indem durch sie erhöhte Produktionskosten die Investi-  
22 tionen und Produktion in bestimmten Bereichen senken  
23 oder verlagern. Die Lenkung individuellen Konsumver-  
24 haltens durch eine indirekte Besteuerung lehnen wir  
25 aufgrund der nicht bzw. kaum zu vermeidenden sozialen  
26 Ungerechtigkeiten ab.

27

28 Der Staat ist als Träger der Besteuerung in hohem Maße  
29 auf die Mitwirkung steuerpflichtiger Personen angewie-  
30 sen. Im derzeitigen System profitieren insbesondere Grup-  
31 pen mit bereits hoher Macht- und Kapitalkonzentration  
32 von zahlreichen Möglichkeiten, diese Mitwirkung zu ver-  
33 weigern oder auf Grund der Komplexität des Systems Lü-  
34 cken zu finden. Ein umfassendes Eigentums-, Besitz- und  
35 Vermögensregister ist deshalb die notwendige Vorausset-  
36 zung einer gerechten Besteuerung, um so gesellschaftli-  
37 che Klarheit über die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen  
38 Mitgliedes der Gesellschaft zu erhalten. Darüber hinaus  
39 muss das sozialistische Steuersystem dem Grundsatz "So  
40 einfach wie möglich, damit möglichst jeder das System  
41 versteht und versteckte Lücken geringer werden und so  
42 komplex wie nötig, damit ausreichende Einzelfallgerech-  
43 tigkeit gewahrt ist" folgen.

44

45 Die SPD Berlin wird daher in (zukünftigen) Regierungen  
46 sowie der Abgeordnetenhaus- wie Bundestagsfraktion  
47 folgende Steuerreformen anstreben:

48

**Empfehlung der Antragskommission****Vertagt auf LPT I-2026****LPT I-2025: Vertagung auf LPT II-2025**

- 49 • Die Einrichtung eines umfassenden Eigentums-,  
50 Besitz- und Vermögensregisters für Vermögenswerte  
51 ab 200.000 € auf Landes- und langfristig auch auf  
52 Bundesebene.
- 53 • Die Einführung einer Meldepflicht für von Beraten-  
54 und Wirtschaftskanzleien errichtete Steuerkon-  
55 struktionen, die zur Vermeidung oder Umgehung  
56 der Steuer geeignet sind.
- 57 • Die Abschaffung der Grundsteuer und ihr Ersatz  
58 durch ein reformiertes Vermögenssteuerkonzept  
59 (s.u.) sowie die Abschaffung der Gewerbesteuer und  
60 ihr Ersatz durch eine Erhöhung der Körperschafts-  
61 steuer um 15%, um den regionalen Unterbietungs-  
62 wettbewerb zu beenden.
- 63 • Um den finanziellen Bedarf der Gemeinden abzude-  
64 cken, soll ein bundesweiter Fond eingerichtet wer-  
65 den, in den die neue Körperschaftsteuer sowie An-  
66 teile der Vermögens-, Erbschafts- und Einkommen-  
67 steuer einfließen, die als Bundessteuern ausgestal-  
68 tet werden.

69  
70 Dieser Fond wird dann nach einem Schlüssel unter Ein-  
71 bezug eines Flächen- wie Bevölkerungsfaktors sowie  
72 der Arbeitsplätze verteilt. Der Flächen- und Bevölke-  
73 rungsfaktor, der dem Fond zugrunde liegt, sollte rele-  
74 vante demographie-spezifische Faktoren, wie Ost-West-  
75 Unterschiede, Anteil migrantisierter Menschen und ähn-  
76 liche Aspekte, berücksichtigen.

- 77  
78 • Die Umgestaltung der Erbschaft- und Schenkung-  
79 steuer als Bundessteuer, die alle übertragenen Ver-  
80 mögenswerte abzüglich zusammenhängender Ver-  
81 bindlichkeiten erfasst. Für betriebliche und auf Un-  
82 ternehmensanteile anfallende Steuerschulden soll  
83 es verschiedene Möglichkeiten der Begleichung ge-  
84 ben (Stundung, Demokratisierungsprozesse). Die  
85 Verschonungsbedarfsprüfung bei der Erbschafts-  
86 und Schenkungssteuer soll abgeschafft werden.  
87 Ebenso die 100%-prozentige Steuerverschonung,  
88 die durch eine Regel- und Optionsverschonung er-  
89 setzt werden soll, die bei 85% beginnt und auf  
90 0% Verschonung sinkt. Diese Erbschaft- und Schen-  
91 kungsteuer soll ferner folgende Punkte beinhalten:
- 92 – ein lebenslang einziger und universeller
  - 93 Grundfreibetrag in Höhe von 999.999 Euro
  - 94 – außerhalb des Grundfreibetrags soll der Steuer-
  - 95 ersatz mit 10% für die erste Million einsteigen
  - 96 – die Ausgestaltung der Progression als Stufen-
  - 97 steuer und wächst mit jeder Million um 10% an
  - 98 (20% auf die zweite Million, 30% auf die dritte
  - 99 Million usw.) bis zu einem Erreichen von 90%
  - 100 und einem Verbleib auf dieser Höhe
- 101

- 102 • Wir setzen uns für eine europaweite bzw. perspektivisch globale Mindeststeuer auf große Vermögen  
103 ein, vergleichbar mit der globalen Mindestkörpers-  
104 steuer. Ist die zu besteuernde Person Staatsbürger\*in eines teilnehmenden Landes, ist aber im Aus-  
105 land gemeldet, wird die Steuer trotzdem erhoben  
106 und muss eventuell von den Unternehmen der Per-  
107 son im Land gezahlt werden  
108
- 109 • Die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Bundessteuer, bei der ausschließlich natürliche Personen,  
110 Einheitsgesellschaften sowie Stiftungen be-  
111 steuert werden, nicht aber Gebrauchsvermögen.  
112 Diese Vermögensteuer soll ferner folgende Punkte  
113 beinhalten:  
114
- 115 – ein pauschaler Freibetrag von 2 Millionen Euro pro Person, ein zusätzlicher Freibetrag von 3  
116 Millionen Euro für eine selbst bewohnte Immo-  
117 bilie und einen Freibetrag von 5 Millionen Euro  
118 für ein selbst geführtes Unternehmen, welches  
119 sich zu mindestens 25% im eigenen Besitz be-  
120 findet  
121
  - 122 – ein pauschaler Freibetrag von 10 Millionen Euro  
123 für Stiftungen  
124
  - 125 – Vermögen über den Freibeträgen soll mit ei-  
126 nem Satz von 1% pro Jahr besteuert werden.  
127 Dieser Satz soll bis zu einem Wert von 3% ab  
128 einem zu versteuernden Vermögen von 50 Mil-  
129 lionen Euro ansteigen.
  - 130 – Die Umgehungsmaßnahmen wie überkreuzte  
131 Übertragungen, Kettenschenkungen und Ver-  
132 mögensumwandlungen sollen verboten und  
133 stärker kontrolliert werden  
134
- 135 • Die Umgestaltung der Einkommensteuer, sodass sie  
136 einer konvexen Kurve folgt und flach ansteigt, so-  
137 dass sie beim zwanzigfachen des Durchschnittsein-  
138 kommens zum Höchststeuersatz von 80% übergeht.  
139 Diese Einkommensteuer soll ferner folgende Punkte  
140 beinhalten:
- 141 – eine einheitliche Besteuerung aller Einkom-  
142 men unabhängig davon, ob sie aus Arbeit, Ka-  
143 pitalertrag oder anderen Quellen stammen
  - 144 – das Erheben der Einkommenssteuer direkt am  
145 Ort der Wertschöpfung
  - 146 – das System der Lohnsteuer beibehalten und  
147 das der Kapitalertragsteuer in ein vergleichba-  
148 res überführen
  - 149 – Die vollständige Abschaffung des Splittings-  
150 tarifs (Ehegattensplitting) zugunsten konse-  
151 quenter Individualbesteuerung  
152
- 153 • Auf Ebene der Körperschaftsteuer soll eine erste Be-  
154 steuerung in Kombination des Mindestlevels inter-

- 155 nationaler Vereinbarungen (15%) und des Ersatzes  
156 der Gewerbesteuer (15%) von aktuell insgesamt 30%  
157 geschehen. Die hauptsächliche Besteuerung soll  
158 dann auf Ebene der Ausschüttungen erfolgen und  
159 unabhängig von der Höhe der Beteiligung voll in  
160 der persönlichen Einkommensteuerpflicht des Ge-  
161 sellschafters berücksichtigt werden.
- 162 – Eine steuerliche Entlastung von wenig kapital-  
163 intensiven Kleinst- und Kleinbetrieben, indem  
164 nur noch bei Kleinst- und Kleinbetrieben das  
165 Teileinkünfteverfahren anwendbar ist.
- 166
  - 167 • Die Abschaffung der Umsatzsteuer und Mehrwert-  
168 steuer.
  - 169 • Die Einführung einer Treibhausgassteuer, welche  
170 die bisherige CO<sub>2</sub>-Steuer, sowie alle spezifischen  
171 Steuern auf Treib- und Brennstoffe ersetzt. Die Hö-  
172 he dieser Steuer soll sich an wissenschaftlichen  
173 Erkenntnissen orientieren um externe Kosten des  
174 Treibhausgasausstoßes zu internalisieren und die-  
175 sen so zu begrenzen. Damit dies nicht zu sozialen  
176 Verwerfungen führt, sollen die Einnahmen dieser  
177 Steuer für ein sozial-austariertes Klimageld verwen-  
178 det, um kleine und mittlere Einkommen und Vermö-  
179 gen vor Belastungen zu schützen.
  - 180 • Deutschland soll sich aktiv für eine Koalition pro-  
181 gressiver (EU-)Staaten einsetzen, die gemeinsame  
182 Standards für Vermögens-, Erbschafts- und Unter-  
183 nehmensbesteuerung erarbeitet, um Kapitalflucht  
184 zu verhindern und einen neuen sozialen Steuerkom-  
185 promiss in der EU zu fördern
  - 186 • Die Aushandlung neuer Doppelbesteuerungsab-  
187 kommen mit beliebten Auswanderungsländern (z.  
188 B. Schweiz, Monaco, Dubai), um eine nachgelager-  
189 te Besteuerung latenter Kapitalgewinne bei Weg-  
190 zug sicherzustellen und die Steuerflucht hochver-  
191 möglicher Privatpersonen zu unterbinden
  - 192 • Eine Finanztransaktionssteuer von 2% auf Aktien  
193 und 0,2% auf Derivate von Aktien. Die Einführung  
194 einer solchen Steuer auf internationaler Ebene wird  
195 angestrebt